Unabhängig von einer solchen Indizwirkung waren die „Hinweise“ des Windkrafterlasses aufgrund der entsprechenden Erklärung des Umweltministeriums für die bayerischen Vollzugsbehörden „verbindlich“. Diese Verbindlichkeit bezog sich aber nur auf das *Innenverhältnis* der Verwaltung, d.h. durch ein abweichendes Vorgehen handelt eine Vollzugsbehörde weisungswidrig, was unter Umständen dienstrechtlich geahndet werden kann.⁴¹ Im *Außenverhältnis* hatte diese Verbindlicherklärung jedoch keine unmittelbare Wirkung.⁴² Diese tritt erst über den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG dadurch ein, dass die Behörden, die sich weisungskonform an die Vorgaben des Windkrafterlasses halten, eine bestimmte Vollzugspraxis schaffen, von der sie ohne sachlichen Grund nicht mehr abweichen dürfen.⁴³ Über die Verpflichtung zur Gleichbehandlung wird folglich die interne Verbindlichkeit auch im Außenverhältnis gegenüber dem Bürger verbindlich. Die insoweit notwendige tatsächliche Feststellung, dass in Bayern eine mit dem Windkrafterlass konforme Vollzugspraxis besteht,⁴⁴ hat der VGH München zwar nicht ausdrücklich getroffen, doch kann sie aufgrund der innerbehördlichen Weisungslage vermutet werden.

4. Fazit

Der VGH München hat mit seinen – inzwischen rechtskräftigen⁴⁵ und nochmals bestätigten⁴⁶ – Urteil vom 18. 6. 2014 dem bayerischen Windkrafterlass über das Hilfskonstrukt der Selbstbindung der Verwaltung eine norma-

tive Verbindlichkeit verliehen, die rechtspolitisch sicherlich sehr wünschenswert ist. Dadurch erhalten Unternehmen, Bürger, Gemeinden, Behörden und nicht zuletzt die Gerichte ein Regelwerk an die Hand, das ihnen in einem von fachlichen Wertungen abhängigen Rechtsbereich Transparenz und Rechtssicherheit bietet. Die vom BVerwG in Ermangelung eines verbindlichen Regelwerks gegenüber naturschutzfachlichen Einschätzungen bislang zurückgenommene gerichtliche Kontrolldichte gewinnt so wieder an Schärfe. Deshalb ist es durchaus wahrscheinlich, dass sich andere Oberverwaltungsgerichte dem VGH München anschließen werden. Behörden sind demnach gut beraten, wenn sie ihre Tätigkeit an den Empfehlungen des in ihrem Land geltenden Windkrafterlasses ausrichten, insbesondere wenn dieser für sie ohnehin bereits als Verwaltungsvorschrift verbindlich ist.

41) Vgl. BVerwG, Beschl. v. 25. 9. 2012 – 3 BN 1.12, Rdnr. 4 m. w. N.

42) St. Rspr., BVerwG, Urt. v. 25. 4. 2012 – 8 C 18.11, BVerwGE 143, 50, Rdnr. 31 m. w. N.

43) BVerwG, Urt. v. 25. 4. 2012 – 8 C 18.11, BVerwGE 143, 50, Rdnr. 32 m. w. N.

44) Vgl. BVerwG, Beschl. v. 4. 11. 1992 – 1 B 182.91, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 133, juris Rdnr. 6, 8.

45) Die gegen das Urteil erhobene Nichtzulassungsbeschwerde wurde – allerdings bereits aus formellen Gründen – zurückgewiesen, vgl. BVerwG, Beschl. v. 16. 9. 2014 – 4 B 48.14.

46) VGH München, Beschl. v. 6. 10. 2014 – 22 ZB 14.1079 u. a., Rdnr. 25.

BUCHBESPRECHUNGEN

DOI: 10.1007/s10357-014-2723-3

Naturschutz-Rechtsprechung für die Praxis

Peter Fischer-Hüftle, Entscheidungssammlung, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart, 17. Lfg. (Stand: Juli 2012), 328 Seiten.

Das zu besprechende Werk ist in mehrfacher Hinsicht ein opus magnum. Es hat eine erdrückende Fülle von gerichtlichen Entscheidungen zu bewältigen und wächst mit deren Output gleichsam in Jahresringen. So umfasst die 16. Lfg. 306, die 15. Lfg. 328 und die 14. Lfg. 286 Seiten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass überholte Entscheidungen entfernt werden. Die nicht hoch genug einzuschätzende Leistung des Autors besteht vor allem darin, den Stoff nicht nur systematisch gegliedert – die Gliederung nimmt mehr als 6 Seiten ein –, sondern so zu präsentieren, dass der Leser die Entscheidungen dort findet, wo er sie sucht, nämlich unter thematischen Zusammenfassungen. Erfasst sind nicht nur Entscheidungen zum deutschen und EU-Recht, sondern auch zu internationalem Recht. Das Stichwortverzeichnis ist der unentbehrliche Schlüssel zu dem Werk. Es erstreckt sich über

25 Seiten und untergliedert in einem Maße zielführend, wie dies nur ein ausgewiesener Fachmann vermag. Beispiel Wegebau: Landschaftsbild/Einzelfälle, Landwirtschaft/Eingriffsregelung, Landwirtschaft/SchutzVO-Freistellung, Naturhaushalt/Einzelfälle, usw. Natürlich fehlt auch das Entscheidungsregister nicht, das von 1955 bis zum Stand der Bearbeitung reicht.

Erfasst sind nicht nur die Entscheidungen, die sich auf das eigentliche Naturschutzrecht beziehen, sondern auch die Nachbarmaterien, soweit sie naturschutzrelevant sind, wie etwa das Wasser- oder Abgrabungsrecht. Auch fehlen weder das (einschlägige) generelle Verfassungs-, Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrecht, noch das spezielle Straf- und Zivilrecht.

Die Entscheidungsfülle ist auch da beachtlich, wo es um so allgemeine Fragen wie die Befugnisse der Naturschutzbehörden, deren Ermessen, die Pflicht zum Einschreiten oder auch die Gleichbehandlungsproblematik geht. Die anerkannten Vereinigungen, die im Naturschutz eine bedeutende Rolle spielen, werden in ihren Rechten zwar völkerrechtlich und gemeinschaftsrechtlich gestärkt, müssen sich aber, wie auch die Entscheidungssammlung belegt, ihre Befugnisse immer wieder erstreiten.

Kurz: Wer sich rasch über die Entwicklung der naturschutzrelevanten Rechtsprechung orientieren oder sich mit Naturschutzfragen in deren größeren Zusammenhängen befassen will, der findet in der zweibändigen Entscheidungssammlung einen Fundus, aus dem er stets neu schöpfen kann.

Dr. Erich Gassner, MinRat a.D.,
Bonn, Deutschland